

## **Verfassungen sind stets mehr als die Summe ihrer Artikel**

Was die juristischen Jubiläen des Jahres uns lehren können über Text und Kontext erfolgreichen Verfassungsrechts

von Timo Albrecht

### **Jubiläen als Rückschau und Blick voraus**

2019 ist zweifelsohne ein Jahr reichhaltigen rechtlichen Erinnerns. So stehen gerade auch für die deutsche (Verfassungs)Rechts-geschichte im wahrsten Wortsinne denkwürdige runde wie halbrunde Jubiläen an: Zuvörderst ist dies natürlich der 100. Geburtstag der Verfassung der ersten deutschen Republik – der Weimarer Reichsverfassung (WRV) – im Sommer dieses Jahres. Damit zweifelsohne eng verwoben sind 100 Jahre praktiziertes Frauenwahlrecht in Deutschland, ein Jubiläum, welches erst kürzlich an prominenter Stelle im „hohen Haus“ des deutschen Parlamentarismus, z.T. in den „Weißwesten“ der Suffragetten, gebührend gewürdigt wurde. Schließlich ist es aber auch die dem gegenwärtigen Gemeinwesen einen rechtlichen Rahmen gebende Grundordnung – unser Grundgesetz (GG) –, das im Mai 70. Ehrentag feiert! Gründe für große Geburtstagspartys gibt es gegenwärtig also genug!

Allerdings: Das aktuelle Jubiläumsjahr wirft neben Licht auch Schatten: nämlich auf eine andere Verfassung, geformt auf der anderen Seite des damals entstehenden Eisernen Vorhangs. Die Rede ist von der ersten von insgesamt drei Verfassungen der DDR, Baudatum: 7. Oktober 1949. Ihrer wird offiziell nicht gedacht werden, sie wird fehlen in vielen Reden zum Jubiläumsjahr – wenngleich sie mit den anderen Jubilaren vieles verbindet: mit dem aus Weimar am offensichtlichsten wohl das Scheitern des Systems, als dessen Rechtsrahmen sie konzipiert war.

Aus diesen Anlässen möchte dieser Beitrag nicht nur feiern, sondern auch fragen: Was lässt eine Verfassung erfolgreich werden? Mit anderen Worten: Was macht eine lebendige Verfassung zur gelebten und was hält eine gelebte lebendig? Weiterhin: Welche Erkenntnisse ziehen wir daraus für unser Hier und Jetzt, welche für die Zukunft: Welchen Weg weist Weimar? Quo vadis, Grundgesetz? Was muss sein, damit dieses weiterhin relevanteste Richtschnur unserer Rechtsordnung bleibt?

## **Die Notwendigkeit gerechten Rechts**

Die erste Antwort, die vielen sofort in den Kopf schösse, wäre wohl: „gerechtes Recht“. Denn: Eine Rechtsordnung, die ungerecht ist, können wir uns nicht als dauerhaft stabil vorstellen. Wenn nicht kurz- oder mittelfristig, dann aber doch definitiv langfristig muss solch ein System kollabieren, unter der Last enttäuschter Erwartungen und erdrückender Erfahrungen also zusammenstürzen. Dann ist die Zeit reif für die Revolution.

Ein Rückblick in den rechtsgeschichtlichen Rückspiegel mag dies bestätigen: Ging nicht die DDR unter, weil sie ihren Bürgern ungerechtes Recht oktroyierte oder weil, wie manche meinen, gar ein „Unrechtsstaat“ sein Unwesen trieb? Aber schon ein Blick auf die WRV als weiteren Jubilar macht stutzig: War sie etwa „ungerecht“, z.B. indem sie in Grundrechten bloße Programmsätze sah oder die Mächterschleichung Hitlers nicht verhinderte. Solch einen Schluss würde man wohl scheuen – zu Recht.

Denn gerechtes Verfassungsrecht ist sicherlich notwendige, aber noch lange nicht hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche, lebendige und gelebte Verfassung. Wenn aber eine erfolgreiche Verfassung mehr ausmacht als nur die Summe gerechter Rechtssätze, welcher Faktoren bedarf es über die Summanden hinaus noch?

## **Von der Wichtigkeit der Verfassungswirklichkeit**

Verfassungstexte wirken nie nur als Text, sondern müssen sich stets messen an dem, was man Verfassungswirklichkeit nennt. Auch dies übrigens belegt die DDR-Verfassungsgeschichte: Sozialistischer Staatsauffassung formulierungsmäßig noch unverdächtig, gibt die Präambel der ersten DDR-Verfassung (anders als ihre Nachfolger) eine Leitidee vor, die heute wortwörtlich so auch im Grundgesetz stehen könnten: nämlich den Willen, „die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit anderen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern.“ Aus Sicht von Opposition und Bürgern, die mit staatlich verordneter Meinung wenig anfangen konnten, wirkten diese Versprechen aber von Anbeginn an leer und wie ein Buch, das das Papier nicht wert war, auf dem es gedruckt stand.

Gerade für Verfassungen gilt also, dass gute Versprechungen allein nicht reichen, um legitim und lebendig, gelebt und geliebt zu bleiben. Die DDR hat darin trotz hehrer Verfassungsziele versagt. Das Grundgesetz dagegen hat Wort gehalten, jedenfalls zum allergrößten Teil, und blieb nicht zuletzt daher die legitime Ordnung des Landes. Für die Zukunft folgt daraus der Rat, dass es auf diesem Pfad weiterwandeln sollte. Meinungsfreiheit muss für alle gelten, Menschenwürde erst recht, auch was Arbeitsbedingungen oder Freiheit vor Herabwürdigungen angeht. Zwar ist zweifellos von Verfas-

sungsversprechen vorrangig der Staat verpflichtet. Die von der Verfassung vorgegebene Werteordnung muss aber auch in private Gefilde ausstrahlen, sonst wirken die warm formulierten Artikel in einer Marktwirtschaft höchstens wie kalt klingender Hohn.

### **Auch Böckenförde hat noch immer Recht**

Eine weitere, zentrale Gelingensbedingung erfolgreicher Verfassungen drückt sich darüber hinaus aus in dem Dilemma, welches der langjährige Verfassungsphilosoph und -richter Ernst-Wolfgang Böckenförde bereits 1976 beschrieb: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Es sei dies „das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben“. Über die Notwendigkeit einer homogenen Gesellschaft indes lässt sich sicher streiten bzw. ist generell fraglich, ob es eine solche überhaupt je gegeben hat bzw. angesichts der Verschiedenheit menschlicher Existenz je geben wird. Versteht man Homogenität hingegen als von möglichst allen getragene Überzeugung von der Richtigkeit des Rechtsrahmens Verfassung, so hat die Begrifflichkeit durchaus ihren Sinn. Denn Böckenförde bezweckte zwar einerseits ein Umschmeicheln des katholischen Milieus, um dieses für das Grundgesetz zu erwärmen und als unerzwingbare Legitimitätsreserve zu loben. Andererseits zeigt die davon abstrahierte Formulierung mit Verve, dass selbst die beste Verfassung nur so lange lebendig bleiben wird, wie die sie tragende Gesellschaft es will, solange sie also „gelebt“ wird. Legitimität kann nicht erzwungen werden – dies verkörpert die Weimarer Reichsverfassung ebenso wie ihre heutige Deutung als „gute Verfassung in schlechter Zeit“.

Neben ihrer Verfassung ist daher stets auch die Verfasstheit einer Gesellschaft entscheidend, d.h. der Wille der Bürger, sich hinter den Werten und Wertungen der rechtlichen Grundordnung proaktiv-stützend zu versammeln. An Letzterem aber fehlte es, jedenfalls gegen Ende hin, in Weimar. Das Diktum der damaligen „Demokratie ohne Demokraten“ dominiert deshalb noch immer den verfassungsgeschichtlichen Diskurs. So stand die „Weimarer Koalition“ der Gemäßigten nicht nur für die demokratiebejahenden, sprich staatstragenden, Parteien, sondern 1919 sogar für 75 % der Stimmen – leider jedoch hatte sie das Problem, dass ihr peu à peu willige Wähler weggliefen.

Eine lebendige Verfassung braucht also auch künftig eine lebendige Gesellschaft. Beim Blick auf heute kann es indes nur heißen: Zu Angst und Bange besteht kein Anlass. Herausforderungen vom radikal linken und radikal rechten Rand existieren zwar, in jüngster Zeit zugegebenermaßen auch stärker als zuvor. Aber der vielbeschworenen

Parallele zu Weimar fehlen entscheidende Elemente: Bürgerkriegsähnliche Zustände wie damals oder streunende Straßenmobs sind nirgends ersichtlich; nach inzwischen Jahrzehnten repräsentativer Demokratie kann von einer Gewöhnung der früher als obrigkeitshörig verschrienen Deutschen ausgegangen werden. Heute haben wir etwas, was früher nicht war: eine Demokratie mit – vielen – Demokraten!

### **Ein Jubiläum im Guten: 30 Jahre Mauerfall als Vorbild**

Daran übrigens erinnert ein weiterer Termin im Jahres-Jubiläumskalender, der in jüngerer Zeit wohl mit den positivsten politischen Emotionen, nicht nur in Deutschland, verbunden sein dürfte: Der Fall der Berliner Mauer, der sich am 9. November – dem zum „Schicksalstag“ ausgerufenen Kristallisationstag wechselvoller deutscher Geschichte – zum 30. Mal jährt.

Es waren mutige Bürger, die trotz in Aussicht stehender staatlicher Strafen für ihre natürlichen Rechte auf freie Meinungsäußerung, auf Systembesserung die Straßen in Anspruch nahmen, die zeigten, dass in einer echten Demokratie sie, das Volk, es sind, von denen die Macht im Staate ausgeht. Dass heute unter gleichem Motto einige auf die Straße gehen, dabei behauptend, viele zu sein und die Meinung aller zu vertreten, ist nur paradoxe Pervertierung des eigentlich Gemeinten. Anders als früher wurde daraus nämlich nie ein Massen-, eher ein Medienphänomen. Jenes jüngere Freudenfest vor 30 Jahren aber ist es, das noch heute mit Macht ins kollektive Gedächtnis ruft, welche Sehnsuchtsideale die Werte darstellen, die unser Grundgesetz seit nunmehr 70 Jahren verkörpert: eine menschenwürdige, freiheitliche Ordnung, in der der Staat um der Bürger willen da ist und nicht der Bürger für den Staat! Dieser aus der Vergangenheit gespeiste Stolz erhalte Optimismus auch für die Zukunft!

### **Lob des Lobbyismus und Mut zum Mitmachen:**

#### **Frauenwahlrecht und Gleichberechtigung der Geschlechter**

Dass eine gute Verfassung stets mehr ist als die Summe ihrer Artikel, ist nach alldem also belegt. Dass grundlegende Rechte historisch-faktisch nicht selbstverständlich sind, sondern wurden, beweist ein weiteres Jubiläum: 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Es ist ein heute selbstverständliches Symbol für die Gleichberechtigung der Geschlechter, allerdings auch eines, das über lange Zeit v.a. von den betroffenen und stimmlos gemachten Frauen selbst erkämpft werden musste. Nach dem Wegfegen der alten monarchischen Ordnung 1918 war es endgültig „reif“ zur Realisierung. Denn: „Menschenrechte haben kein Geschlecht“, wie schon die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm in den 1870ern betonte. Dass etwas heute so natürlich Scheinendes so selbstverständlich wurde, dass jede andere Regelung zu Recht anmutet wie eine Regel aus einem Land vor unserer Zeit, geschah damals und geschieht niemals ganz von selbst:

Es bedarf stets einer starken Lobby, starken Engagements, starken Streitens für eine richtige Sache, um solche Reformen anzustoßen und schließlich durchzusetzen. Denn zwar war die im damaligen internationalen Vergleich durchaus progressive Einführung des Frauenwahlrechts ein Leuchtfeuer gelingender Gleichberechtigung. Dass dies dennoch nicht das „Ende der Geschichte“ von der Emanzipation sein sollte, ist jedem klar, der schon einmal die Causa „Gleichberechtigungsgesetz 1957/58“ studiert hat, die erst in den 1990ern erfolgte Emanzipation im ehelichen Namensrecht sowie das auch heute noch nicht vollumfänglich realisierte Verfassungsversprechen aus Art. 3 II 2 GG. Denn noch immer gilt das auf den Grabstein der Frauenrechtlerin Minna Cauer gravierte und im Bundestag aus Anlass des runden Jubiläums beschworene Lob langandauernden Lobbyismus: „Nicht auszuruhen, denn es ist noch nicht vollendet, was wir begonnen haben.“

„Nicht auszuruhen“ bleibt also als Lehre für alle, für heute und morgen. Und weiter: Schrecke vor Rückschlägen nicht zurück, werbe engagiert für das Gute, lebe als Lobbyist für Deine Sache und die der Deinen! Denn: Nicht immer haben Betroffene genug Möglichkeiten zum Lobbyismus in eigener Sache: Anders als damals beim Streiten für Rechte von Frauen, Arbeitern und der LGBTI-Community fehlen solche Artikulationsmöglichkeiten heute z.B. meist bei Flüchtlingen, Armen oder der lebenden Umwelt. Solidarischer Lobbyismus ist insofern angezeigt für die mit stärkerer Stimme.

Lehrreich also bleibt, dass Optimismus und Beharrungsvermögen sich zwar nicht notwendig heute lohnen mögen, aber morgen oder übermorgen bestimmt! Verfassung und Wandel sind zwei Seiten derselben Medaille und dieser Wandel ist gestaltbar durch lebendigen Lobbyismus für die gute Sache! Er wurde und wird angetrieben durch engagierte Bürger, die erkennen, dass Demokratie nicht nur das Recht aller, sondern auch eine Obliegenheit in eigener Sache ist. Die sprichwörtlichen Beine in die Hand zu nehmen, zumindest keine Chance auszulassen für geschenkte und erkämpfte (Wahl)Rechte (z.B. dieses Jahr am 26. Mai zugunsten von Europa), sich selbst zu engagieren, auch politisch, kann Inspiration dafür sein. Denn das heutige Niveau an Rechten und Gleichheit, an rechtlicher Gerechtigkeit, ist ein sehr sehr hohes. Dass dieses auch absinken kann nach unten, verdeutlichen „illiberale Demokratien“ um uns herum in leider größer werdender Zahl. Verfassungsgeschichtliche Lehre für die Zukunft kann insofern auch dies sein: Mahnung zum Mitmachen und Mut zum Mitmachen! Nur so bleibt eine Verfassung eine „gelebte“ und unser Rechtsstaat Realität.

### **Das Bundesverfassungsgericht als Lieferquelle von Lebendigkeit**

Zum Lebendighalten einer „gelebten“ Verfassung sind neben Personen aber auch Institutionen berufen. Die heftige Debatte zu Zeiten Weimars um die Frage, wer denn „Hüter der Verfassung“ sei, mag dies veranschaulichen. Meinte Carl Schmitt damit noch den Reichspräsidenten, setzte Hans Kelsen vorausschauend auf die Verfassungsge-

richtbarkeit. Wobei diese während 14 Jahren Weimar, v.a. im Vergleich zum Nachfolger heute, völlig unterentwickelt war und in der Verfassung von 1871 nicht einmal vorgesehen. Es waren damals schlicht zu wenige Fälle, dank derer das oberste Gericht Rechtsklarheit wie auch neues Verfassungsrecht schaffen konnte. Denn: Gerade Letzteres leistet ein solches Höchstgericht doch immer auch.

Ein starkes Verfassungsgericht ist letztlich Garant für eine starke Verfassung, sozusagen „Staatsstabilisator“. Es übernimmt auf Rechtsprechungsseite die – natürlich auch der Politik obliegende – Schöpfungsaufgabe, aus der immersprudelnden Inspirationsquelle Verfassung die Wertentscheidungen herauszufiltern, die es angesichts veränderter tatsächlicher Umstände braucht, um im Einklang mit juristischer Methodik daraus neue verfassungsrechtliche Antworten zu formulieren. Dieser Aufgabe sind die Karlsruher Richter mit respektabler Arbeit immer wieder nachgekommen – genannt seien nur die Entdeckung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts und erst 2008 des Grundrechts auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme („IT-Grundrecht“). Die Wertentscheidungen dazu hatten die Eltern des Grundgesetzes bereits getroffen, d.h. die „wertentscheidenden Grundsatznormen“ formuliert gehabt: Der Schutz der Menschenwürde (Art. 1 I GG) wie auch der freien Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 I GG) waren schon 1949 kodifiziert. Dem Bundesverfassungsgericht gelang schließlich das Kunststück, daraus angesichts neuer Technologien neue, schlagkräftige Grundrechte zu formen.

Mithin sind es stets auch die für die Wahrung und Interpretation der Verfassung zuständigen – unabhängigen! – Institutionen, die eine Verfassung leben, lebendig und lernfähig halten. Vor ihnen müssen Bürger ihre in der Verfassung verankerten Rechte einklagen können, notfalls auch gegen den Willen der Herrschenden. Sie zu achten und zu schützen und zu stärken, das muss auch zukünftig Pflicht der Politik sein. Ein „Pakt für den Rechtsstaat“ ist dabei ein erster, aber natürlich nicht letzter Schritt.

### **Auch Verfahren lassen Verfassungen lebendig werden**

Abschließend sei angemerkt, dass eine Verfassungsgerichtsbarkeit ohne funktionierendes Verfahrensrecht kein leistungsstarker Lebensbewahrer einer Verfassung sein kann. Ein Blick zurück in die Babystube der Bundesrepublik belegt, dass es erst die Einführung der Verfassungsbeschwerde 1951 und symbolisch ihre spätere verfassungsrechtliche Verankerung 1969 waren, die den Gang nach Karlsruhe für die Breite begehbar machte und so Verfassungsrecht vermenschlichte. Ein Gericht braucht eine kritische Masse an Verfahren, um Verfassungsrecht hüten und entwickeln zu können. Diesen „Nachschub“ muss man verfahrensrechtlich absichern.

In Weimarer Zeiten hingegen war das Verfassungsgericht kein „echtes“ im heutigen, umfassend verstandenen Sinne, sondern bloß Staatsgerichtshof, der zudem als nicht

ständiges Gericht nur bei Bedarf beriet. Dies hätte eigentlich dazu führen müssen, dass sich das Gericht davor hütet, sich den Hut eines „Hüters der Verfassung“ selbst aufzusetzen – 1927 tat es dies expressis verbis dennoch. Dabei mahnen eine erschreckend niedrige Anzahl an Verfahren, nämlich weniger als 180 – und zwar nicht pro Jahr, sondern in mehr als einer Dekade zwischen 1920 und 1933! – zu Bescheidenheit.

Was bleibt ist die Erkenntnis, dass zu einer lebendigen Verfassung auch lebendiges Verfahrensrecht gehört. Dass einem dann vor weiteren 70 Jahren (und mehr) nicht Angst und Bange sein muss, beweist eindrücklich der US Supreme Court: Nur ein Jahr nach einem weiteren Jubilar dieses Jahres, nämlich der 230 Jahre alten US-Verfassung, erblickte dieser Hüter der Constitution, noch immer quicklebendig, das Licht der Verfassungswelt und hält auch heute den Verfassungsmethusalem jung und lebendig.

### **Von Vertrauen, notwendigen Narrativen und erfolgreichen Erzählungen**

Schließlich existiert noch ein anderer Stabilisator, durch die Jubiläen des Jahres erstmals vom öffentlichen Auge fokussiert. Die Rede ist von großen Leiterzählungen, viel verbreitet gerade in den Anfangsjahren der jungen Bundesrepublik und handelnd v.a. von der Überlegenheit der Verfassung aus Bonn gegenüber jener aus Weimar.

So wurde die erst 1949 eingeführte Fünfprozenthürde als fundamentaler Fortschritt gefeiert: Endlich habe die Zersplitterung des Parlaments ein Ende, endlich gäbe es die Chance auf „stabile Verhältnisse“. Und auch das Ende der starken Stellung des Reichspräsidenten galt lange als „Lehre aus Weimar“, übersehend, dass gerade jene es war, die dem Demokraten Friedrich Ebert in den Anfangsjahren der Republik hinreichende Hebel in die Hand drückte, um die Stabilität des Staates zu sichern.

Es waren dies Beispiele für eine Abgrenzung gegenüber dem durch Scheitern Delegitimierten mittels Selbstversicherung: „Wir haben das bessere System. Daher wandeln wir heute auf der sicheren Seite.“ War dies nach der vorab erwähnten Kontextabhängigkeit jedes Verfassungstextes zwar nur bedingt richtig, so war aber die Erzählung als solche gut geeignet, den Kreis der Demokraten zu schließen und mit klarem „Cut“ zu Weimar, auch rhetorisch, die Diskurse der jungen Demokratie zu stabilisieren.

Vertrauen in das Vermögen einer Verfassung also trägt zu erfolgreichem Verfassungsrecht, zu seiner Wirksamkeit in der Verfassungswirklichkeit, ebenfalls entscheidend bei.

Als Lehre für die Zukunft gesprochen bedeutet dies die Notwendigkeit stabilisierender Narrative, erfolgreicher Erzählungen also, an die jedenfalls der Großteil der Gesell-

schaft glaubt. Fritz René Allemanns Bonmot „Bonn ist nicht Weimar“ stabilisierte Adenauers Republik gestern; wir Heutigen sollten uns nicht „instabilisieren“ lassen durch das Negativnarrativ, dass Berlin wieder Weimar sei. Zeitgenossen wie auch Bonner Bundesbürger sprachen damals von Weimars Verfassung als „schlechter Verfassung in schlechter Zeit“. Heute sehen Verfassungsrechtler in ihr gar eine „gute Verfassung in schlechter Zeit“. Vom Grundgesetz als einer „guten Verfassung in guter Zeit“ zu sprechen, das sollte unser aller Narrativ auch für die Zukunft sein. Denn auch so bleibt eine gute Verfassung im besten Sinne eine lebendige. Wir tun gut daran, auch und gerade jetzt den Mut für solch vertrauensbildende Erzählungen aufzubringen. 70 Jahre eines erfolgreichen Erfahrungsschatzes enthalten Anschauungsmaterial genug!

### **Weimar als Vorbild? Vom Verfassungstag als Feiertag**

Die wichtigsten Gelingensbedingungen erfolgreicher Verfassungen sind somit genannt – unser Grundgesetz erfüllt zum Glück wohl alle davon. Eine revolutionär Neuverfassung ist daher nicht nötig. Aber: Was fehlt noch zum vollständigen Verfassungsglück?

Manchmal steckt hinter Symbolhaftem Sinnhaftes und ein Blick in den Rückspiegel mag mancherlei Anregung bieten. Zwar erinnern sich wohl, wenn überhaupt, nur die inzwischen mehr als 16.000 über-hundertjährigen Deutschen an eine Praxis, die zwischen 1921 und 1932 jedes Jahr am 11. August zelebriert wurde und damals – leider – den Ruf „genoss“, abgehoben und akademisch-elitär begangen zu werden. Die Rede ist vom „Verfassungstag“. Daran änderte das Engagement des zuständigen „Reichskunsthauptmanns“ Edwin Redslob jedes Jahr zum Tag der WRV-Unterzeichnung wenig – die geplanten „Freudenfeste der Republik“ blieben bedauerlicherweise bloße Hirngespinnste des Weimarer „Zeremonienmeisters“. Selbst ein Volksfest vor dem Reichstag vermochte dies nicht zu ändern. Dass dieser Nationalfeiertag von der immer schwächer werdenden „Weimarer Koalition“ aus SPD, DDP und Zentrum und nur als „Plan B“ nach gescheiterter Kür des 1. Mai auserkoren wurde sowie auch noch die Hypothek des bloß Hingenommenen schwer auf der Verfassung lastete, all dies waren wohl damals ein paar Bürden zu viel.

Heute aber mag anderes gelten: Unser Grundgesetz erfreut sich größter Beliebtheit. Und wer die globale Faszination für Pomp und Präsentation bei Feierlichkeiten britischer Royals betrachtet, kommt schnell zum Schluss, dass nur ein kleiner Schuss davon auch dem „GG“ guttäte. Schlagkräftiger würde der Symboltag wohl, wenn man ihn mit staatlich verordneter Freizeit verbände: Ein freier Feiertag überall im Land höbe ihn zudem positiv ab vom Weimarer Vorbild, das diesen Status reichsweit nie erlangte. Im Verfassungsjubiläumsjahr 2019 wäre eine entsprechende Entschließung, unterbreitet und getragen von allen im Bundestag vertretenen Fraktionen, jedenfalls sicher nicht nur schillernde Symbolik, sondern starkes Statement für Wert und Verdienst einer gu-



ten Verfassung! Diese Gelegenheit zu regelmäßiger Reflexion könnte aus einer ohne Frage „lebendige“ Verfassung zugleich eine tatsächlich „gelebte“ machen.

### **Quo vadis, Grundgesetz? Plädoyer zum Schluss: ein Schuss Optimismus!**

Und heute? Was nehmen wir mit in die Zukunft aus dieser Tour d'Horizon durch mehr als 100 Jahre deutscher Verfassungsgeschichte?

Die Tour hat Gelingensbedingungen, aber auch -grenzen erfolgreicher Verfassungen identifiziert. Erfolgreiche Institutionen, gerade Gerichte, und effiziente Verfahren sind staatlicherseits Pflicht. Bundesrepublik und Bundespolitik täten gut daran, hier Konstanz walten und einen „Pakt für den Rechtsstaat“ nicht zur Worthülse werden zu lassen. V.a. aber bedarf es, wie schon Böckenförde wusste, jener Voraussetzungen, deren Existenz eine Verfassung nicht erzwingen kann, sondern im Idealfall vorfinden und mitgestalten muss – neben reinem Text also auch konstruktiven Kontext! Es ist dies zuvörderst eine funktionierende Gesellschaft, die eine gute Verfassung engagiert mit Leben füllt. Es sind aber auch nützliche Narrative, die stabilisierend wirken. Nötig für eine gelingende Verfassung ist also, frei nach Aristoteles, im Vergleich zur bloßen Summe der Verfassungsartikel ein Mehr, arithmetisch also ein „Verfassung + X“.

Diese Aussage ist Anlass für einen realistischeren Blick auf eine nur begrenzte Gestaltungsmacht von Verfassungsrecht, der guttut, gerade im Vergleich zu den hochfliegenden Hymnen, die dieser Tage auf die Jubilare gesungen werden. Aber die Aussage soll auch Ansporn sein, nämlich für ein tatkräftiges Engagement für die Werte unseres Grundgesetzes! Eine von engagierten Akteuren verinnerlichte, gut gehütete Verfassung ist insofern im besten Sinne eine gelebte und zugleich lebendig bleibende!

70 Jahre Grundgesetz – sie schließlich sind selbstverständlich kein Selbstzweck konstitutioneller Langlebigkeit, nicht nur „l'art pour l'art“. Andererseits: Langlebigkeit mag ein starkes Indiz sein für eine gute Ordnung, für gerechtes Recht, für genügend Flexibilität in Detailfragen. Gerade im Vergleich zu einer nie in Kraft getretenen Paulskirchenverfassung, 47 Jahren Bismarck'scher und 14 Jahren Weimarer Reichsverfassung oder den gar drei Verfassungen in 41 Jahren DDR sticht dies geradezu ins Auge. Eine derart langlebige Verfassung wie unser „GG“ hat sich einen Vertrauensvorsprung verdient, nämlich dass sie auch Probleme von heute und morgen gut und gerecht lösen kann, dass sie einen soliden Rahmen für das einfache Recht bildet, dass sie Grundlage unseres Gemeinwesens bleibt.

Dem Jubilar mag man daher aus voller Überzeugung zurufen: Weiter so! Und auf die nächsten (mindestens) 70 Jahre – Optimismus ist angebracht!